

GEGENSTANDPUNKT 1-24

Politische Vierteljahresschrift

Aus dem Inhalt:

Editorial: Jetzt doch irgendwann: Europäische Soldaten für Kiew?

2 Jahre Ukraine-Krieg: Zwischenbilanz der Macher

EU-Staatschefs beschließen neue Osterweiterung: Die Ukraine und Moldau sind ab sofort künftiger Besitzstand der EU

Israels Gaza-Krieg und „die Gefahr eines regionalen Flächenbrands“: Ernstfall für die Freundschaft zwischen der regionalen und der globalen Supermacht

Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts der EU – für die europäische Zeitenwende

Der verspätete deutsche Haushalt: Vom aktuellen Imperialismus deutscher Nation – diesmal als Haushaltsfrage

Lauterbachs Revolution im Krankenhaus: Reformbedarf im Namen des Patienten

Die AfD im Höhenflug: Wie deutsche Populisten das Volk agitieren

Zur weltweiten Konjunktur des radikalen Patriotismus: Populistischer Antiimperialismus
Hunderttausende demonstrieren gegen die AfD. Für Demokratie. Für welche denn eigentlich?

Zwei neue Gesetze für Ausländer: Abschiebung verbessert, Staatsangehörigkeit modernisiert

GEGENSTANDPUNKT 1-24

Politische Vierteljahresschrift



In Hamburg ist der GEGENSTANDPUNKT u.a. erhältlich bei:

Copyshop Adupuc, Grindelallee 32 · Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55 ·

Kurt Heymann, Eppendorfer Baum 27 · Freiheit & Roosen, Kleine Freiheit 80 · Axel Lüders, Heußweg 33
Im Wendland: Buch und Musik, Am Markt 3, Hitzacker

V.i.S.d.P.: Theo Wentzke, Böblinger Str. 135, 70199 Stuttgart

Abschiebungen
erleichtert -
Staatsangehörigkeit
modernisiert

**Wie Deutschland
seine Ausländer
sortiert**

Diskussionsveranstaltung

Dienstag, 4. Juni 2024, 19 Uhr
Centro Sociale, Sternstraße 2
20357 Hamburg (St. Pauli)

GegenArgumente Hamburg

Hamburg

www.gegenargumente-hamburg.de

Mai 2024

Abschiebungen erleichtert - Staatsangehörigkeit modernisiert Wie Deutschland seine Ausländer sortiert

Diskussionsveranstaltung

Dienstag, 4. Juni 2024, 19 Uhr - Centro Sociale, Sternstraße 2, 20357 Hamburg (St. Pauli)

Im Januar bringt die Regierung zwei Pakete zur Ausländergesetzgebung, darunter ein neues Abschiebengesetz, durch den Bundestag. Von den besorgten Profis der permanent kritischen Beurteilung der Regierungsperformance wird mit gewisser Erleichterung festgestellt, dass das zur Abwechslung endlich mal ein immerhin wahrnehmbarer Versuch ist, als Regierung „etwas“ zu unternehmen gegen den Erfolg und die Popularität der AfD.

Für die politischen Beobachter bleibt allerdings die Frage, ob die Regierung sich damit zu sehr dem Versuch hingibt, die AfD populistisch zu

überbieten, oder ob es nicht umgekehrt gerade an noch mehr von der notwendigen Härte in Migrationsfragen fehlt. Die AfD selbst sieht es ganz ähnlich und wälzt genüsslich aus, dass sie die Regierung vor sich hertreibt, und gibt damit an, dass sie das Original ist und die Regierungsimpel bloß die matte Kopie.

Nichts ist weiter von der Wahrheit entfernt. Was die Regierung in Sachen Ausländergesetzgebung beschließt, verdankt sich nicht einer Reaktion auf die lautstarke, aber bislang eben ohnmächtige Generalkritik der Opposition von ganz rechts. Denn ihren Änderungsbedarf ist die

Regierung schon sich und ihrer hoheitlichen Verantwortung für das Land schuldig: Als mit der entsprechenden demokratischen Mehrheit ausgestattete und handlungsfähige Mannschaft definiert sie das „Migrationsproblem“ und geht es so an, wie sie es für notwendig erachtet; die AfD schmarotzt von dieser Problemdefinition und ist die zur Regierungspolitik gehörige national-moralische Scharfmacherei.

Welche Probleme die Regierung da geltend macht und mit Gesetzesnovellierungen angeht, ist Thema unserer Diskussionsveranstaltung im Centro Sociale.